

Wirtschaftliche Zukunft.

Der Zerfall des alten Reiches hat die Grundlagen unserer ganzen Volkswirtschaft zerstört. Wir waren ein Teil eines großen, fünfzig Millionen Menschen umfassenden Wirtschaftsgebietes. Unsere Industrie und unser Handel, unser Bankwesen und unsere staatlichen Einrichtungen waren diesem großen Wirtschaftsgebiet angepasst. Da nun dieses Wirtschaftsgebiet zerstört ist, werden wir unsere Volkswirtschaft auf ganz neuer Grundlage neu bauen müssen.

Die erste und augenfälligste Wirkung des Krieges ist die Entwertung des Geldes. Die Krone hat heute im Ausland nur eben solche Kaufkraft, wie sie 28 Heller vor dem Kriege hatten. Und ihr Wert sinkt von Monat zu Monat. Darin liegt für die breiten Volksmassen die größte Gefahr: Sinkt der Wert des Geldes, so steigen die Preise aller Waren. Die Arbeiter können ihre Löhne nicht ebenso schnell emportreiben, wie die Warenpreise steigen, es sinkt daher der Reallohn der Arbeiter. Und noch schlimmer ergeht es den Beamten, Angestellten und Pensionisten, die ihre Bezüge noch viel schwerer erhöhen können als die Arbeiter. Der Entwertung unseres Geldes Einhalt zu gebieten, ein festes Wertverhältnis zwischen unserem und dem ausländischen Gelde wiederherzustellen, ist eine der größten und der wichtigsten Aufgaben unserer Wirtschaftspolitik.

Die anderen neuen Nationalstaaten gehen alle mit der Absicht um, zu neuen Währungen überzugehen. Die Polen müssen das tun, denn jetzt sind ja im polnischen Gebiet Zahlungsmittel von vier verschiedenen Währungen (Rubel, Kronen, polnische und deutsche Mark) im Umlauf. Die Südslaven werden ebenfalls die Krone aus dem Umlauf ausscheiden müssen, denn auch in ihrem Staatsgebiet konkurrieren jetzt drei verschiedene Währungen. Sie haben ja mit der Abstempelung der Kronennoten den ersten Schritt zu währungspolitischer Selbstständigkeit schon getan. Ebenso wird die Krone unzweifelhaft aus den Gebieten verdrängt werden, die an Rumänien und an Italien fallen werden. Aus alledem entsteht nun eine ungeheure Gefahr: die vielen Milliarden Kronen, die in den polnischen, den südslavischen, den rumänischen und den italienischen Gebieten der einstigen Monarchie, in der Ukraine und in Serbien in Umlauf waren, werden zu uns strömen, die Masse der in unserem Gebiet umlaufenden Noten wird ungeheuer vergrößert werden, der Wert der Krone wird dadurch neuerlich gesenkt werden. Wir können uns gegen diese Gefahr gar nicht anders schützen, als indem auch wir zu einer neuen Währung übergehen.

Der tschecho-slowakische Staat kann das vergleichsweise leicht tun; denn seine Zahlungsbilanz wird hoch aktiv sein und er wird eine Basisanleihe von der Entente unschwer bekommen. Unser Deutschösterreich aber könnte, auf seine eigene Kraft gestellt, eine neue wertbeständige Währung sicherlich noch lange nicht schaffen. Denn wir werden Getreide und Kohle aus dem Ausland beziehen, ungeheure Zahlungen an das Ausland zu leisten haben; aber unsere Industrie ist nicht groß und exportfähig genug, mit ihren Erzeugnissen unsere Verbindlichkeiten an das Ausland zu bezahlen. Unsere Zahlungsbilanz wird also sehr ungünstig sein und darum werden wir aus eigener Kraft nicht imstande sein, eine wertbeständige Währung zu schaffen. Wollen wir also zu einer wertbeständigen Währung gelangen, wollen wir unsere Volksmassen vor der Gefahr immer weiter fortschreitender Entwertung unseres Geldes, immer weiter fortschreitenden Rückganges seiner Kaufkraft schützen, dann müssen wir in die deutsche Währungsgemeinschaft eintreten. Wohl ist auch die Mark entwertet und auch Deutschland wird schwer arbeiten müssen, um ein festes Wertverhältnis der Mark zum Golde wiederherzustellen; aber so sehr auch Deutschland durch die Niederlage geschwächt ist, seine wirtschaftliche Kraft ist doch unvergleichlich größer als die unsere, es wird viel früher als wir seine Bezüge aus dem Ausland mit den Erzeugnissen seiner Industrie und seines Bergbaues bezahlen, viel schneller und viel leichter als wir zu einer wertbeständigen Währung gelangen können. Das also wird unser erster Gewinn aus dem Anschluß an Deutschland sein: daß wir schneller und mit kleineren Opfern, als wir das allein zu tun vermöchten, zu einer wertbeständigen Währung zurückkehren können.

Mit der Sorge um unsere Währung paart sich die Sorge um unsere Industrie. Unsere agrarischen Nachbarvölker, deren Länder bisher das Absatzgebiet unserer Industrie waren, haben jetzt ihre selbständigen Staaten gegründet. Sie werden sich, politisch selbständig geworden, nun auch industriell zu selbständigen streben: mit all den wohlbekannten Mitteln der merkantilistischen Politik werden sie eine eigene nationale Industrie zu züchten bemüht sein. Unserer Industrie droht daher die Gefahr, ihre alten Absatzmärkte zu verlieren. Wir werden möglichst gute Handelsverträge mit Ungarn, Südslaven, Rumänen und Polen anstreben müssen, um uns gegen diese Gefahr zu schützen. Was man aber bei Handelsvertragsverhandlungen erreichen kann, hängt von den Gegenzugeständnissen ab, die man zu bieten vermag. Unser kleines, armes Deutschösterreich könnte den Nachbarvölkern nur wenig bieten. Anders das große Deutschland. Wenn es seinen großen kaufkräftigen Markt den Agrarprodukten der Polen und der Ungarn, der Südslaven und Rumänen öffnet, wird es für seine Industrieprodukte ganz andere Zugeständnisse

durchsetzen als unser kleines Deutschösterreich. Nur wenn wir ein Teil des großen Deutschen Reiches sind, nur dann kann uns die wirtschaftliche Kraft des großen Deutschen Reiches Handelsverträge mit den Nachbarvölkern sichern, die unserer Industrie ihre alten Absatzgebiete retten.

Freilich, wir können nicht mit einemmal und nicht ungeführt in das deutsche Zollgebiet eintreten. Sonst würde ja so manche unserer Industrien auf unserem eigenen Markt von der überlegenen deutschen Konkurrenz geschlagen. Wir werden für eine Reihe von Waren Uebergangsbestimmungen zum Schutz unserer Industrie nicht entbehren können. Solche Schutzbestimmungen können in verschiedener Weise getroffen werden. Für manche Waren werden Binnenzölle notwendig sein, die den deutschösterreichischen Markt gegen die deutsche Industrie schützen. Bei anderen Waren, die von Industrieverbänden bewirtschaftet werden, wird man dasselbe Ziel durch die Satzungen der Industrieverbände erreichen können. Auf solche Weise wird unsere Industrie im Besitz unseres heimischen Marktes so lange geschützt werden müssen, bis sich die Produktionskosten haben und drüben ausgleichen, bis unsere Industrie daher eines besonderen Schutzes nicht mehr bedarf. Während dieser Uebergangsperiode wird unsere Industrie auf dem heimischen Markt gegen den deutschen Wettbewerb geschützt sein, zugleich aber doch schon die Vorteile, die aus der Zugehörigkeit zu dem großen deutschen Wirtschaftsgebiet fließen, genießen können: den Vorteil der günstigeren Handelsverträge mit den Südslavikern, den die überlegene wirtschaftliche Kraft des Deutschen Reiches ihr zu sichern vermag, und den Vorteil der günstigeren Handelsbeziehungen mit Rußland und der Ukraine, deren Märkte uns, wenn wir ein Teil des Deutschen Reiches sein werden, viel leichter erschlossen werden können als bisher.

Wir haben bisher viel teurer produziert als Deutschland und waren darum auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Werden wir aber ein Teil des Deutschen Reiches, dann werden die Produktionskosten ausgeglichen werden. Unsere Eisenbahnen hatten bisher viel höhere Tarife als die deutschen; denn unsere Bahnen sind Gebirgsbahnen, die deutschen durchziehen die Ebene. Gehen wir aber in einer deutschen Eisenbahngemeinschaft auf, dann gelten dieselben Tarife hier und dort und die Bewohner des deutschen Tieflandes zahlen einen Teil der Mehrkosten unserer Alpenbahnen mit. Unsere Industrie war bisher mit weit höheren Steuern belastet als die deutsche, weil auf Oesterreich weit schwerere Staatsschuldbürde lastete als auf dem Deutschen Reiche. Werden wir ein Teil Deutschlands, so können wir die Steuerlast ausgleichen; die staatsfinanziellen Vereinbarungen über den Anschluß können und müssen uns sichern, daß unsere Steuerlast die deutsche nicht mehr übersteigt. Nur so können wir auf dem Weltmarkt, vor allem auf den großen Märkten Ost- und Südosteuropas, konkurrenzfähig werden, um dort Ersatz zu finden für die Absatzgebiete, die uns jetzt verlorengehen.

Bisher war Wien der Sitz der Behörden, der Banken, der Industriegesellschaften eines großen Reiches. Das hört nun auf. Wien wird nur noch die Hauptstadt eines kleinen Landes sein. Die neuen Nationalstaaten werden die Industriegesellschaften zwingen, ihren Sitz von Wien weg nach Prag, Warschau, Belgrad zu verlegen; das Bankwesen der neuen Nationalstaaten wird sich von Wien lösen. Daher droht Wien die größte wirtschaftliche Gefahr. Das kleine deutschösterreichische Staat hätte, auf sich selbst gestellt, nicht die Kraft, Wien zu retten. Das große Deutschland wird es können. Es wird einige seiner Reichsbehörden und seiner wirtschaftlichen Zentralstellen nach Wien verlegen können. Es wird mit seiner mächtigen staatlichen und finanziellen Hilfe dazu beitragen, Wien in eine große Industriestadt zu verwandeln. Es wird die wirtschaftliche Macht, die es den kleineren Nachbarvölkern gegenüber immer besitzen wird, in den Dienst Wiens stellen können: wenn die Tschechen wollen, daß Hamburg ihr Hafen im Norden sei, werden sie zustimmen müssen, daß ihr Handel nach dem Süden und Südosten über Wien gehe. Vor allem aber wird Deutschland seinen Unternehmungsgeist, seine überlegene Organisationskunst, seine trotz alledem im Vergleich zu der unseren immer noch gewaltige Kapitalkraft aufwenden können und müssen, um Wien und Deutschösterreich vor der drohenden Verelendung zu retten, unsere Bodenschätze zu heben, neue Industrien auf unserem Boden zu entwickeln. Nur deutsche Arbeitskraft, deutscher Unternehmungsgeist, deutsche Organisationskunst können verhindern, daß der Zusammenbruch Oesterreichs zur Rückbildung und Verelendung unserer Wirtschaft führt.

Die Deutschösterreicher haben einem Staats- und Wirtschaftsgebiet von fünfzig Millionen Menschen die Staatsbeamten und die Offiziere, die Industrie-, Handels- und Bankangestellten, die Ingenieure, Chemiker und Techniker gestellt. Was soll jetzt mit diesen Zehntausenden Menschen geschehen? Das kleine Deutschösterreich kann nicht die Beamten und Offiziere verwenden, die die große Monarchie gebraucht hat. Die Zehntausende deutscher Privatangestellten, die bisher in den slavischen Gebieten beschäftigt waren, werden jetzt von dort verdrängt werden und das kleine Deutschösterreich wird sie nicht aufnehmen können. Wir haben einen ungeheuren Ueberfluß an intelligenten Arbeitskräften, den wir auf unserem Boden nicht zu

beschäftigen vermögen. Wo sonst sollten sie unterkommen, wenn nicht im großen Deutschen Reiche? Sind wir ein Teil Deutschlands, dann verteilt sich unser Ueberfluß an geistigen Arbeitern auf das ganze Deutsche Reich. Und wenn auch Deutschlands Aufnahmefähigkeit für einige Zeit wesentlich geschwächt sein mag, so wird doch das Siebzigmillionenreich unseren Ueberfluß an hochqualifizierten Arbeitskräften viel leichter und schneller aufzunehmen vermögen als das kleine Deutschösterreich.

Die Grundlagen unserer Volkswirtschaft sind zerstört. Wir werden uns ganz neuen Daseinsbedingungen anpassen müssen. Das wird in jedem Falle ein schwieriger und schmerzhafter Prozeß sein. Aber dieser Anpassungsprozeß wird sich unvergleichlich leichter vollziehen im Rahmen eines großen, einheitlichen, von der Kraft eines tüchtigen und fleißigen Siebzigmillionenvolkes getragenen Wirtschaftsgebietes als in der Enge und Dürftigkeit eines kleinen, armen Zwergstaates, der, auf seine eigene Kraft angewiesen, politisch zum Vasallen, wirtschaftlich zum Ausbeutungsobjekt seiner Nachbarstaaten werden müßte.